

**Gesundheitsförderung  
bei Langzeitarbeitslosen**

**Gesunde Stadtteile**

**Bremen**

# **Prävention**

**Bremerhaven**

**Gesunde und  
sichere Arbeitswelt**

**Gesundheitsförderung  
bei Alleinerziehenden**

**Dokumentation:  
Präventionskonferenz Bremen**

20. März 2017 im Haus der Wissenschaft

## Einführung

Mit dem Präventionsgesetz hat der Gesetzgeber einen Rahmen geschaffen, in dem Prävention und Gesundheitsförderung in der Bundesrepublik Deutschland wirksam und zielgerichtet weiterentwickelt werden sollen. Dabei haben mittlerweile in fast allen Bundesländern, so auch im Land Bremen, die Träger der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung in Verbindung mit den Ländern sogenannte Landesrahmenvereinbarungen (LRV) abgeschlossen, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und diese Aufgabe umzusetzen.

An der ersten Präventionskonferenz in Bremen nahmen rund 120 Multiplikator\*innen aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, betriebliche Gesundheitsförderung, Kultur, Quartiersmanagement, Pflege, Verwaltung, bürgerschaftliches Engagement sowie Interessierte teil. Auf der Veranstaltung ging es in erster Linie darum, den aktuellen Stand zur Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen aufzuzeigen, in einen interdisziplinären Austausch zu treten und Anregungen und Ideen für die weitere Umsetzung des Präventionsgesetzes zu bündeln.

Im Fokus der Konferenz standen die folgenden Fragen:

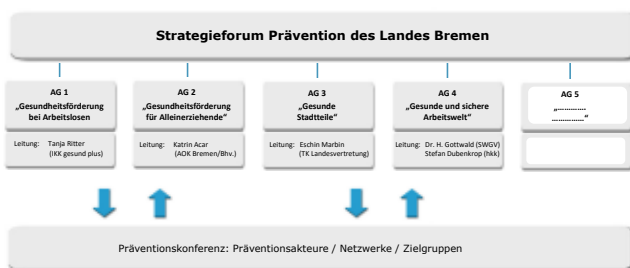
- Was erwartet der Gesetzgeber von allen Beteiligten bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes?
- Was beinhaltet die LRV und welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen bietet bzw. setzt diese?
- Wie können Prävention und Gesundheitsförderung qualitätsgesichert weiterentwickelt werden und welche Themenschwerpunkte sind im Land Bremen vorgesehen?
- Welche Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten existieren und wo gibt es Unterstützung auch für eigene Vorhaben?



## Plenum am Vormittag

Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Prof. Dr. Eva Quante-Brandt eröffnete die Konferenz und würdigte das Interesse der Teilnehmenden als Ausdruck lebendiger Vielfalt aller Akteure, die wichtige Beiträge zur Gesundheitsprävention leisten wollen. In ihrem Grußwort hob sie hervor, dass das Präventionsgesetz die Chance biete, Prävention und Gesundheitsförderung noch stärker im Alltag der Menschen zu verankern, um ein langes, gesundes Leben für möglichst alle Menschen - unabhängig von ihrer sozialen Lage - im Land zu erreichen. Gesundheitsförderung sei ein integraler Bestandteil, und nicht mehr ein Zusatzangebot, so die Senatorin. Die Senatorin unterstrich ihr Anliegen, die Prävention und Gesundheitsversorgung über sogenannte Gesundheitsfachkräfte an Schulen im Lande Bremen zu etablieren, um Kinder und Jugendliche in der Lebenswelt Schule zu erreichen.

Nach der Eröffnung folgte ein Einführungsvortrag von Dr. Olaf Haase (IKK gesund plus/Federführung LRV Bremen) mit dem Titel „Präventionsgesetz in der Praxis: Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung in Bremen“. Dr. Olaf Haase erläuterte, dass zur Umsetzung des Präventionsgesetzes das sogenannte „Strategieforum Prävention des Landes Bremen“ eingerichtet wurde. Zusätzlich wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die für die inhaltliche Ausgestaltung und Projektentwicklung der zunächst vier Bremer Themenschwerpunkte zuständig sind (siehe Grafik). Darüber hinaus bieten zukünftig stattfindende Präventionskonferenzen mit Akteuren aus der Praxis die Möglichkeit, sich über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Präventionsgesetzes zu informieren und Ideen in den Umsetzungsprozess einzubringen.



Begleitend zu dieser Struktur konnte die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC) eingerichtet und ausgebaut werden. Die KGC wird gefördert durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Auftrag und mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen. Angesiedelt ist die KGC bei der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. (LVG Bremen) in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.

(LVG & AFS). Die KGC ist unter anderem dafür zuständig, die Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Bremen zu unterstützen. In diesem Rahmen übernimmt die KGC eine beratende Tätigkeit hinsichtlich der Projektantragsstellung. Darüber hinaus ist die KGC zum Beispiel zuständig für die Sensibilisierung, Qualifizierung sowie Qualitätsentwicklung im Themenfeld der gesundheitlichen Chancengleichheit. (Die Präsentation mit weiterführenden Informationen finden Sie [hier](#).)

Im Anschluss an die Präsentation standen unter anderem die folgenden Aspekte im Fokus der Diskussion:

- Es wurde darauf hingewiesen, dass die WiN-Gebiete<sup>1</sup> eine gute Basis für die Auswahl von Stadtteilen zur Durchführung von Projekten darstellen. Innerhalb der WiN-Quartiere laufen bereits zahlreiche gesundheitsbezogene Aktivitäten, die gute Beispiele – auch für die Übertragung auf andere Stadtteile – darstellen, an die gut angeknüpft werden kann bzw. die bedarfsbezogen ausgebaut werden können.
- Es wird befürchtet, dass die vielerorts zunehmende „Projektitis“ durch das Präventionsgesetz weiter ausgebaut wird. Es wurde darauf hingewiesen, dass vorhandene Strukturen sowie grundlegende, langfristige Präventionsvorhaben unterstützt werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass für die Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Bremen eine kommunale Gesamtstrategie erarbeitet werden müsste. Projekte müssten bedarfsbezogen und partizipativ entwickelt und sinnvoll in eine Gesamtstrategie eingebunden werden.
- Es wurde in diesem Zusammenhang der Wunsch geäußert, Expert\*innen aus der Praxis verstärkt an der Umsetzung des Präventionsgesetzes zu beteiligen. Hierfür wurde eine Einbindung von Expert\*innen aus der Praxis sowohl in das Strategieforum als auch in die eingerichteten Arbeitsgruppen angeregt.

Vertieft wurde die Diskussion im Stadtgespräch Bremen/Bremerhaven mit Beteiligten der LRV und einer Mitarbeiterin der KGC. Teilnehmer\*innen im Stadtgespräch waren: Frank Rostalski (DRV Oldenburg-Bremen), Dr. Martin Götz (Land Bremen), Christiane Meenen (DGUV/Unfallkasse Bremen), Dr. Wolfgang Ritter (hkk) und Nicole Tempel (LVG Bremen/KGC).

Es ging vor allem um Chancen und Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes für Bremen ergeben. Die neuen gesetzlichen Regelungen wurden von allen Beteiligten begrüßt, da den Themen Prävention und Gesundheitsförderung eine zunehmend wichtige Rolle zugeschrieben wird. Die Präventionskonferenz ermöglicht in diesem Zusammenhang erstmals einen Dialog zwischen allen Beteiligten. Durch die stärkere Vernetzung der Sozialversicherungsträger und der Akteure aus der Praxis ergibt sich die Chance, die Strukturen in Bremen weiterzuentwickeln sowie Transparenz und Zusammen-

arbeit zu fördern. Es wurde betont, dass die Sozialversicherungsträger auf die Zusammenarbeit mit Expert\*innen aus der Praxis angewiesen sind und daher ein guter Dialog vorangetrieben werden sollte. Die Präventionskonferenz wird in diesem Zusammenhang als erster Schritt in diese Richtung verstanden.



Das Stadtgespräch wurde nach einer kurzen Einführungsrunde für alle Teilnehmer\*innen geöffnet, um auch an dieser Stelle eine weitere Beteiligung des Plenums zu ermöglichen. Dabei wurden unter anderem die folgenden Aspekte diskutiert bzw. erläutert:

- Die Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen steht noch in den Anfängen. Bisher ging es in erster Linie darum, Strategien zur Umsetzung des Präventionsgesetzes zu erarbeiten und kassenübergreifende Abstimmungsroutinen einzuführen. Die Präventionskonferenz wird in diesem Zusammenhang als „Aufbruch“ in die Themenfelder Prävention und Gesundheitsförderung verstanden, denn künftig werde die Verankerung erfolgreicher Praxisprojekte fokussiert.
- Eine Antragsberatung kann zukünftig über die KGC erfolgen. In der Beratung geht es unter anderem um Kriterien für eine erfolgreiche Antragsstellung. Der Leitfaden Prävention stellt hier die entsprechende Grundlage dar. Auch geht es darum, die Themen Qualitätsentwicklung und -sicherung von Beginn an mitzudenken.
- Als Basis für die Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Bremen dienen die Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz sowie die Landesrahmenvereinbarung. In den Bundesrahmenempfehlungen sind unter anderem Ziele und Zielgruppen, die auch für Bremen richtungsweisend sind, festgelegt.

<sup>1</sup> WiN-Gebiete sind Stadtteile in Bremen, die durch das kommunale Handlungsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ – WiN gefördert werden.

## Workshops am Nachmittag

Am Nachmittag hatten die Teilnehmer\*innen im Rahmen von Workshops die Möglichkeit, zwei Themenschwerpunkte zu vertiefen, in den Austausch zu kommen und Bedarfe, Handlungsfelder sowie Herausforderungen zu diskutieren.

### Workshop 1: Gesundheitsförderung bei Langzeitarbeitslosen

*Workshopleitung: Dr. Olaf Haase (IKK gesund plus), Tanja Ritter (IKK gesund plus), Gordon Frese (Jobcenter Bremen Gst Ost II)*

Der Workshop begann mit einem einführenden Fachvortrag von Dr. Olaf Haase. Im Rahmen des Fachvortrags wurde neben einer generellen Einführung in das Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheit ein bereits in verschiedenen Bundesländern erprobtes und evaluiertes Modellprojekt zur Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung vorgestellt. Dieses Modellprojekt soll nun für das Land Bremen adaptiert werden.

Das Besondere für die Umsetzung des Projekts in Bremen stellt die angedachte Integration eines Konzepts zum „Gesundheitscoaching“ dar: Geschulte Berater\*innen des Jobcenters motivieren im Gespräch zu gesunder Lebensführung, klären die Bedarfe des bzw. der Einzelnen in Bezug auf Präventionsangebote und vermitteln in zertifizierte Angebote der Krankenkassen. Diese sollen in Bremen über die bisherigen Angebote der Zentrale Prüfstelle Prävention hinausgehen. (Die Präsentation mit weiterführenden Informationen finden Sie [hier](#).)

Im Anschluss an den einführenden Vortrag standen die folgenden Fragen im Fokus der Diskussion:

- Kann die Etablierung eines Angebotes „Gesundheitscoaching“ für ALG II-Empfänger\*innen zur Alltagsbewältigung und Gesundheitsorientierung beitragen?
- Wie kann das Projekt durch weiterführende Angebote ergänzt werden?
- Wer kann wie das Projekt sinnvoll in Bremen unterstützen? Wie können bestehende Netzwerke genutzt oder ggf. aufgebaut werden?

Hinsichtlich der Fragen wurden unter anderem die folgenden Aspekte thematisiert:

- Es wurde diskutiert, wen das Gesundheitscoaching tatsächlich erreicht und ob bzw. wie es auf Akzeptanz bei der Zielgruppe stoßen kann. Es wurde als wichtig erachtet, Folgeangebote auch nach dem Gesundheitscoaching anzubieten.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass individuelle Ansprachen und eine passgenaue Angebotsentwicklung bzw. -beratung für die Zielgruppenerreichung notwendig seien.

- Als weiterer Punkt wurde in die Diskussion eingebracht, dass Langzeitarbeitslose oft sozial isoliert seien und durch Präventionsangebote häufig nicht erreicht werden. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, niedrigschwellige Präventionsangebote im Stadtteil in das Projekt einzubinden. Auch sollte die Familie und das soziale Umfeld der Personen, die mit dem Angebot erreicht werden sollen, mitgedacht werden, da diese einen entscheidenden Einfluss auf die Motivation nehmen können.
- Es kam der Wunsch auf, ein Forum einzurichten, in dem verschiedene Akteure die Möglichkeit haben, sich zu dem Projekt zu äußern.
- Weiterhin wurde empfohlen, eine Erfolgsmessung für das Gesundheitscoaching einzuführen.

### Workshop 2: Gesundheitsförderung bei Alleinerziehenden

*Workshopleitung: Katrin Acar (AOK Bremen/Bremerhaven), Tanja Hesse-Bloch (Jobcenter Bremerhaven)*



Anhand des einführenden Fachvortrags wurde unter anderem aus dem Armuts- und Reichtumsbericht von 2015 berichtet, dass Bremen eine „Hochburg“ der Alleinerziehenden darstellt.

Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass 9.400 Alleinerziehende in Bremen arbeitslos sind. Darüber hinaus befinden sich viele Alleinerziehende in prekären Arbeitsverhältnissen mit geringem Verdienst. Besonders betroffen sind dabei Frauen. Alleinerziehende sind erheblichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, unter anderem stärkeren psychischen Belastungen sowie einem höheren Tabak- und Alkoholkonsum. Daher stellt Gesundheitsförderung und Prävention bei Alleinerziehenden ein Schwerpunktthema bei der Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung dar. (Die Präsentation mit weiterführenden Informationen finden Sie [hier](#).)

Für den Workshop 2 erfolgte die Diskussion anhand von zwei Leitfragen, deren Diskussionsergebnisse im Folgenden stichpunktartig dargestellt sind:

Frage 1: In welchen Netzwerken ist Ihre Institution/Einrichtung im Bereich „Gesundheitsförderung (bei Alleinerziehenden)“ eingebunden?

- AK Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen, AK Familienbildung, AK Kinder und Jugendliche (Gesundheitstreffpunkt West), AK Netzwerk Chancen für Alleinerziehende in Bremerhaven, Bremer Forum Frauengesundheit, Frauengesundheit in Tenever (FGT), Mütterzentrum Tenever, Runder Tisch Männergesundheit, Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Bremen e.V. (VAMV) sowie die WiN-AGs.

Frage 2: Welche Anregungen haben Sie für die „Gesundheitsförderung bei Alleinerziehenden“ in Ihrer Institution/Einrichtung?

- Quartiersbezogene, niedrigschwellige Angebote werden als wichtig erachtet.
- Das Angebot von Kinderbetreuung wird als wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am Sozialleben gesehen.
- Einen bedeutsamen gesundheitlichen Belastungsfaktor stellen bei Alleinerziehenden der Zeitmangel dar.
- Angesprochen wird auch die Idee von Nachsorgeprogrammen für Mutter-/Vater-Kind-Kuren.
- Als Herausforderung wird die Gewährleistung einer dauerhaften Finanzierung und damit einer Angebotsnachhaltigkeit gesehen.

### Workshop 3: Gesunde Stadtteile

Workshopleitung: Eschin Marbin (TK, Moderation),  
Dr. Wolfgang Ritter (hkk)

In dem Fachvortrag von Dr. Wolfgang Ritter (hkk) wurde zunächst die AG „Gesunde Stadtteile“ vorgestellt, die im Dezember 2016 gegründet wurde und von Eschin Marbin von der TK Landesvertretung Bremen koordiniert wird. Wesentliche Aufgaben der AG bestehen in der inhaltlichen Vorbereitung des Themas „Gesundheit und Prävention in den Stadtteilen“ sowie in der Entwicklung und Diskussion von Projektideen. Eine erste Idee stellt in diesem Zusammenhang ein Modellprojekt zum Thema „Gesundheitskompetenz in Schulen“ dar. Speziell geschulte und eingesetzte Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung hätten in diesem Modellansatz unter anderem die Aufgabe, als Lots\*innen, Pat\*innen und Moderator\*innen für gesundheitsbezogene Themen im Setting Schule zu agieren. (Die Präsentation mit weiterführenden Informationen finden Sie [hier](#).)



Im Anschluss an den einführenden Vortrag wurde in dem Workshop zu der folgenden Frage diskutiert: „Was sind Ihre Ideen, Vorstellungen und Ansätze für die Gesundheit in Ihrem Stadtteil?“ Der Schwerpunkt der Diskussion richtete sich auf die konkrete Umsetzung des Gesetzes. So ging es zunächst um die Frage, welche Stadtteile bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes im Fokus stehen. Es wurde erläutert, dass bisher noch keine konkreten Stadtteile ausgewählt wurden. Das Gesetz empfiehlt jedoch, sich auf vulnerable Gruppen zu fokussieren, so dass Projekte in Bremen in erster Linie in den WiN-Gebieten umgesetzt werden. Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Präventionsketten eine sinnvolle Strategie darstellen, um ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen entlang der Lebensphasen im Stadtteil zu ermöglichen. Bremerhaven hat Präventionsketten bereits etabliert und könnte als gutes Beispiel dienen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass es bei der Umsetzung von Projekten insgesamt darum gehen müsste, sowohl Bremen als auch Bremerhaven im Blick zu haben. Es war den Teilnehmer\*innen an dieser Stelle wichtig, dass nicht viele einzelne Projekte gefördert werden, sondern eine Gesamtstrategie zur Umsetzung des Präventionsgesetzes entwickelt wird.

Im Hinblick auf das vorgestellte Modellprojekt wurde von den Teilnehmer\*innen gefordert, das Projekt in den Stadtteil zu öffnen und nicht allein auf das Setting Schule zu fokussieren. Insgesamt wurde darauf hingewiesen, dass es für die passgenaue Entwicklung von stadtteilbezogenen Projekten wichtig sei, in den Dialog zu gehen. Eine Einbindung von Fachexpertise in die AG „Gesunde Stadtteile“ wäre daher sinnvoll.

Insgesamt wurde verdeutlicht, dass mit dem Präventionsgesetz mehr Gelder für die Umsetzung von Projekten im Rahmen der Prävention und Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen und sich somit die Chance bietet, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln.

#### Workshop 4: Sichere und gesunde Arbeitswelt

Workshopleitung: Stefan Dubenkrop (hkk),  
Sindy Gerdes (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und  
Verbraucherschutz (SWG))



Nach der Begrüßung der Teilnehmer\*innen im Workshop wurde auf den Vormittag (Vortrag Dr. Olaf Haase und Podiumsdiskussion) Bezug genommen. Die Teilnehmer\*innen wurden befragt, was sie nach dem bisher Gehörten besonders interessiert und welche Fragen offen geblieben sind.

Im Sinne eines Brainstormings wurden die verschiedenen Fragen gesammelt und beantwortet und/oder zur weiteren Bearbeitung für die AG „Sichere und gesunde Arbeitswelt“ mitgenommen. Mittelpunkt der Diskussion stellte die Konkretisierung der Umsetzung in Bremen dar. Schwerpunktthemen waren unter anderem: Struktur der Umsetzung des Präventionsgesetzes für Betriebe in der Praxis, Ansprechpartner\*innen, Beteiligte an bisherigen Modellprojekten, Antragsstellung für die Förderung von Projekten, Voraussetzungen für Anträge, Evaluation von Projekten, Umgang mit bestehenden Strukturen im Land Bremen und die Zusammenarbeit der Kassen.

## Ausblick

Im Rahmen der Präventionskonferenz wurden viele Anregungen, Vorschläge und Kritikpunkte diskutiert. Der Schwerpunkt der Diskussion im Rahmen der Präventionskonferenz lag auf der konkreten Umsetzung im Land Bremen und in den jeweiligen Stadtteilen.

Es wurde deutlich, dass es bereits sehr viele Angebote und auch Netzwerke im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention in Bremen gibt. Allerdings gibt es keine strukturierte Übersicht der vorhandenen Maßnahmen und Angebote. Es wurde mehrfach auf die Bedeutung einer kommunalen Gesamtstrate-

Im Folgenden sind einige Beispiele zu den Fragen und Antworten tabellarisch aufgeführt. Die ausführliche Zusammenstellung finden Sie [hier](#).

#### 1. Werden Betriebsärzt\*innen, Akteure etc. aktiv in die Umsetzung des Präventionsgesetzes eingebunden?

– Ja. Eine Umsetzung ist nur mit Einbindung erfolgsversprechend.

#### 2. Wie lässt sich ein Präventionsangebot zum Thema Bewegung am Arbeitsplatz im Betrieb installieren?

– Dieser Themenbereich gehört zur Verhaltensänderung. Individuelle Informationen und Beratung (mögliche Schulungen etc.) erhält jede\*r über die BGF-Koordinierungsstelle. ([www.bgf-koordinierungsstelle.de/](http://www.bgf-koordinierungsstelle.de/))

#### 3. Wie kann ich Führungskräfte im Thema Gesundheitsmanagement qualifizieren, begleiten und motivieren?

– Welche individuellen Schulungen und Möglichkeiten zur Verfügung stehen, kann über die BGF-Koordinierungsstelle erfragt werden. Im Beratungsgespräch kann auf die konkrete Gestaltung und Struktur im Unternehmen eingegangen werden.

#### 4. Wie sieht die Struktur der Umsetzung des Präventionsgesetzes für Betriebe in der Praxis aus? Wer sind die Ansprechpartner\*innen?

– Es wird eine BGF-Koordinierungsstelle eingerichtet. Diese wird sich in Form einer Internetplattform darstellen. Über diese Internetseite der BGF-Koordinierungsstelle kann jede\*r Unternehmer\*in oder Arbeitnehmer\*in direkten Kontakt zu den Krankenkassen aufnehmen. Die Kontaktaufnahme und Besprechung/Beratung zu konkreten Fragen erfolgt kurzfristig und losgelöst von der Krankenkassenzugehörigkeit.

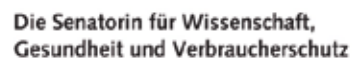
#### 5. Werden Projekte/Investitionen evaluiert?

– Ja. Nur durch Umfragen und Auswertungen von Projekten lassen sich die Wirksamkeit und der Erfolg dieser beurteilen und messen.

gie verwiesen, in welche die vorhandene Angebotsvielfalt sinnvoll eingebettet werden müsste.

Die Präventionskonferenz wurde von den Beteiligten des Strategieforums als Aufbruch verstanden: Durch die stärkere Vernetzung der Sozialversicherungsträger mit den Akteuren aus der Praxis ergibt sich die Chance, die Strukturen in Bremen weiterzuentwickeln, neu zu gestalten und Transparenz und Zusammenarbeit zu fördern. Wichtig sei es nun, die vielen Anregungen und Ideen der Präventionskonferenz zu bündeln und in den Umsetzungsprozess einzubinden.

## Mit Unterstützung von:



### Impressum:

Im Auftrag des Strategieforums Prävention des Landes Bremen  
Vertreten durch die IKK gesund plus, Tanja Ritter (Federführung)

### Redaktion:

Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Bremen,  
Nicole Tempel und Berit Warrelmann